

Ivo Zuberbühler

Die Erschöpfung von Patentrechten

**Eine Auslegung von Art. 9a PatG und
Art. 27b LwG**



Stämpfli Verlag

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	V
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXVII
Materialienverzeichnis	XLV
I. Teil: Einleitung.....	1
§ 1 Zielsetzung und Aufbau der Arbeit.....	3
§ 2 Überblick über den Zweck und die wesentlichen Rechtsfragen der Erschöpfung	6
1. Zweck der Erschöpfung von Schutzrechten	6
2. Zentrale Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Erschöpfung	8
§ 3 Terminologische Anmerkungen.....	9
1. Zum Begriff der Erschöpfung.....	9
2. Zum Begriff der Parallelimporte	9
§ 4 Nutzen und Berechtigung des gesetzlichen Erfindungsschutzes	12
1. Grundsätzliches zu Nutzen und Berechtigung des gesetzlichen Erfindungsschutzes	12
2. Der gesetzliche Erfindungsschutz als Voraussetzung für die finanzielle Belohnung der Erfindertätigkeit	14
§ 5 Das Kodak-Urteil	15
1. Sachverhalt	15
2. Erwägungen des Bundesgerichts	16
3. Kritik am Kodak-Urteil	18
§ 6 Der Weg zur Regelung der Erschöpfung in Art. 9a PatG und Art. 27b LwG	22
1. Die ersten Reaktionen auf das Kodak-Urteil im Parlament und die grundsätzliche Haltung des Bundesrates	22
2. Erster Schritt: Die Ergänzung von Art. 3 Abs. 2 KG	23
3. Die weiteren Bemühungen zur Regelung der Erschöpfung im Patentrecht	24
4. Zweiter Schritt: Die Verankerung der internationalen Erschöpfung in Art. 27b LwG	26
5. Dritter Schritt: Der knappe Entscheid zugunsten eines differenzierten Erschöpfungsregimes in Art. 9a PatG	27

II.	Teil: Grundlagen zur Erschöpfung im Patentrecht.....	29
§ 7	Zur differenzierten Behandlung der Erschöpfung im Immaterialgüterrecht	31
1.	Die wesentlichen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen Immaterialgüterrechten	31
2.	Die Schlussfolgerungen in Bezug auf die Beurteilung der verschiedenen Aspekte der Rechtsererschöpfung.....	32
2.1	Territoriale Reichweite des Erschöpfungseintritts	33
2.2	Erschöpfbare Rechte	34
2.2.1	Vermietrecht.....	34
2.2.2	Recht zur Veränderung/Umgestaltung	35
2.2.3	Ankündigungs-/Werbehinweisrecht	36
2.3	Fazit: Weitgehende Gemeinsamkeiten im Immaterialgüterrecht in Bezug auf die Rechtsererschöpfung.....	38
§ 8	Die Wirkungen der Erschöpfung im Patentrecht im Einzelnen	39
1.	Weitgehende Erschöpfung der Ausschliesslichkeitsrechte des Patentinhabers.....	39
2.	Ausnahme: Nichterschöpfung des Herstellungsrechts.....	41
§ 9	Die Rechtfertigung der Erschöpfung	43
1.	Überblick der Theorien.....	43
2.	Beurteilung der einzelnen Theorien.....	44
2.1	Verkehrssicherungstheorie.....	44
2.2	Belohnungstheorie	46
2.3	Eigentumstheorie	48
2.4	Fazit.....	49
§ 10	Die Rechtsnatur der Erschöpfung im Patentrecht	51
1.	Die Rechtsererschöpfung als Ergebnis einer generell-abstrakten Interessenabwägung.....	51
2.	Die zwingende Natur der Rechtsererschöpfung	51
§ 11	Die erschöpfungsrechtliche Behandlung von Verfahrens- und Erzeugnispatenten	53
1.	Unterscheidung in Verfahrens- und Erzeugnispatente: Eine kurze Begriffsbestimmung	53
2.	Die Anknüpfung der Erschöpfungswirkungen an einen körperlichen Gegenstand; Nichterschöpfung des Verfahrenspatents.....	54
3.	Inverkehrsetzung einer Vorrichtung zur Ausübung eines geschützten Verfahrens; Recht zur Anwendung des Verfahrens	56
3.1	Ausgangsproblematik.....	56
3.2	Positionen in Literatur und Rechtsprechung	56

3.3	Der schweizerische Lösungsansatz: Ausblick auf die auszulegende Bestimmung in Art. 9a Abs. 2 PatG	58
4.	Schutz der unmittelbaren Verfahrenserzeugnisse.....	58
4.1	Zweck des abgeleiteten Erzeugnisschutzes.....	59
4.2	Kein absoluter Schutz für unmittelbare Verfahrenserzeugnisse	59
4.3	Die erforderliche Unmittelbarkeit	60
4.4	Verfügungsbefugnis über die unmittelbaren Verfahrenserzeugnisse	60
§ 12	Die territoriale Reichweite des Erschöpfungseintritts.....	62
1.	Nationale Erschöpfung	62
1.1	Grundsätzliches zur nationalen Erschöpfung.....	62
1.2	Zum Territorialitätsprinzip als untaugliches Argument für die nationale Erschöpfung.....	63
1.3	Die nationale Erschöpfung und das Phänomen der Preisinselbildung.....	65
1.3.1	Das Phänomen Hochpreisinsel Schweiz	65
1.3.2	Die nationale Erschöpfung als ein Marktab-schottungsinstrument.....	66
1.3.3	Andere tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemm-nisse.....	68
1.3.4	Abwehrmassnahmen der Marktteilnehmer gegen unliebsame Parallelimporte	71
2.	Regionale Erschöpfung.....	72
2.1	Grundsätzliches zur regionalen Erschöpfung.....	72
2.2	Regionale Erschöpfung gemäss dem Europäischen Gemeinschaftsrecht	72
3.	Internationale Erschöpfung.....	76
4.	Rechtsvergleichender Überblick.....	76
§ 13	Mit dem Erschöpfungsgrundsatz funktional verwandte Ansätze	79
1.	Implied-licence-Doktrin	79
2.	First-Sale-Doktrin.....	80
III.	Teil: Die Auslegung von Art. 9a PatG und Art. 27b LwG	83
§ 14	Vorbemerkungen.....	85
1.	Grundsätzliches zur Auslegung von Art. 9a PatG und Art. 27b LwG.....	85
2.	Zum Charakter von Art. 9a PatG und Art. 27b LwG und damit zusammenhängenden Auslegungsfragen.....	86
2.1	Art. 9a PatG: Eine Schrankenbestimmung ohne Ausnahmecharakter.....	87

2.2 Keine mechanische Wahl zwischen restriktiver und extensiver Interpretationstendenz selbst bei Ausnahmebestimmungen	88
2.2.1 Das Dogma von der restriktiven Auslegung von Ausnahmebestimmungen	89
2.2.2 Die Widerlegung des Dogmas	89
3. Zur WTO-Rechtskonformität der einseitig eingeführten regionalen Erschöpfung	90
3.1 Die WTO-Verpflichtungen der Schweiz hinsichtlich der Erschöpfung von Immaterialgüterrechten	91
3.1.1 Art. 6 TRIPS-Abkommen: Erschöpfung	91
3.1.2 Art. 3 und 4 TRIPS-Abkommen: Die Grundprinzipien der Nichtdiskriminierung	92
3.1.3 GATT 1947/1994-Abkommen: Frage der Anwendbarkeit	93
3.2 Wirkt die einseitig statuierte Erschöpfung diskriminierend?	94
3.2.1 Die von den Rechtsgutachtern und vom Bundesrat vertretenen Auffassungen	94
3.2.2 Stellungnahme des Verfassers	95
A. Keine de-jure-Diskriminierung nach dem TRIPS-Abkommen; Anwendbarkeit des GATT-Abkommens fraglich	96
B. Wenig überzeugende Begründung für eine de facto Diskriminierung nach dem TRIPS-Abkommen	97
C. Verfahrensrechtliche Aspekte: Geringe Wahrscheinlichkeit rechtlicher Schritte gegen die Schweiz	98
D. Fazit: Einseitig eingeführte regionale Erschöpfung – Ein völkerrechtlich verantwortbarer Entscheid	99
4. Das patentrechtliche Erschöpfungsregime unter dem Vorbehalt des Kartellrechts	100
§ 15 Art. 9a Abs. 1 PatG (Grundsatz: regionale Erschöpfung)	101
1. Der grundsätzliche Regelungszweck von Absatz 1	101
2. Zur Entstehungsgeschichte von Absatz 1	101
3. Zum Begriff des Patentinhabers	102
3.1 Grundsätzliches: Recht auf das Patent als Grundlage für die Patentinhaberschaft	103
3.2 Zur Wirkung des Eintrages im Patentregister	103
3.3 Das originäre Recht (auf das Patent) des Erfinders	104

3.4	Das derivative Recht (auf das Patent) des Rechtsnachfolgers	105
3.5	Die Berechtigung am Patent "aus einem anderen Rechts- grund": Das originäre Recht des Arbeitgebers an Dienst- erfindungen	106
3.6	Patentinhaberschaft im Falle kollektiv entwickelter Erfindungen.....	108
3.6.1	Die Gesamterfindung, insbesondere die Gesell- schaftserfindung	109
	A. Grundsätzliches zur Gesamterfindung	109
	B. Die Gesellschaftserfindung.....	109
3.6.2	Die Miterfindung.....	112
3.6.3	Art. 33 Abs. 2 PatG: Grundlage für eine Bruchteils- gemeinschaft sui generis?.....	113
3.7	Zusammenfassung: Zum Begriff des Patentinhabers	115
4.	Die patentgeschützte Ware	115
5.	Zu den Termini "Inland" und "Europäischer Wirtschaftsraum"	116
5.1	Der Begriff "Inland".....	116
5.1.1	Die bundesgerichtliche Auffassung vom Begriff "Inland" vor Inkrafttreten von Art. 9a PatG	116
5.1.2	"Inland" im Sinne von Art. 9a PatG	118
5.1.3	Die staatsvertragliche Regelung des Patentschutzes Schweiz-Liechtenstein und die damit verbundenen Probleme mit dem Begriff "Inland"	119
	A. Die Grundzüge der staatsvertraglichen Rege- lung des Patentschutzes Schweiz-Liechtenstein	119
	B. Art. 5 Abs. 2 Patentschutzvertrag im Besonde- ren	121
	a) Der Konflikt des staatsvertraglichen In- landsbegriffs mit dem Inlandsbegriff von Art. 9a PatG	121
	b) Der von der Lehre und der Rechtsprechung entwickelte Ansatz der dynamischen Aus- legung	123
	c) Die dynamische Auslegung von Art. 5 Abs. 2 Patentschutzvertrag	125
5.2	Der "Europäische Wirtschaftsraum"	126
5.2.1	Grundsätzliches zum "Europäischen Wirtschafts- raum"	126
5.2.2	Zum Terminus "Europäischer Wirtschaftsraum" im Sinne von Art. 9a PatG im Besonderen.....	127
5.3	Sonderfälle: Enklaven und Zollausschlussgebiete	128

5.3.1	Ausländische Enklaven und die Frage nach deren Qualifikation als In- oder Ausland im Regime von Art. 9a PatG.....	128
A.	Die Enklave Büsingen am Hochrhein.....	129
a)	Grundsätzliches zur Gemeinde Büsingen und ihrer Stellung als Enklave.....	129
b)	Das auf die Erschöpfungsfrage anwendbare Recht und die Folgen für die patentrechtliche Qualifikation der Enklave als In- oder Ausland.....	130
B.	Die Enklave Campione d'Italia	132
a)	Grundsätzliches zur Gemeinde Campione d'Italia und ihrer Stellung als Enklave	132
b)	Das auf die Erschöpfungsfrage anwendbare Recht und die Folgen für die patentrechtliche Qualifikation der Enklave als In- oder Ausland.....	133
5.3.2	Zollausschlussgebiete auf schweizerischem Territorium und deren Behandlung im Regime von Art. 9a PatG.....	134
5.4	Zusammenfassung: Die Termini "Inland" und "Europäischer Wirtschaftsraum"	135
6.	Das Inverkehrbringen von patentgeschützten Waren	135
6.1	Inverkehrbringen im Sinne einer Benutzungshandlung gemäss Art. 8 Abs. 2 PatG	136
6.2	Das rechtserschöpfende Inverkehrbringen	137
6.2.1	Die Differenz zur Inverkehrsetzung im Sinne einer Benutzungshandlung nach Art. 8 Abs. 2: Das Erfordernis der Eigentumsverschaffung.....	137
6.2.2	Die Begründung des Erfordernisses der Eigentumsverschaffung.....	138
6.3	Zur Bestimmung von Zeitpunkt und Ort der rechtserschöpfenden Inverkehrsetzung.....	139
6.3.1	Die Position des BGH: Aufgabe der Verfügungsgewalt massgebend für Bestimmung von Inverkehrsetzungszeitpunkt- und Ort	140
6.3.2	BGH-Rechtsprechung als Modell für die Bestimmung von Inverkehrsetzungszeitpunkt- und Ort nach Art. 9a PatG?	141
6.3.3	Zur erschöpfungsrechtlichen Unbeachtlichkeit vertraglicher Wiederverkaufsbeschränkungen im Besonderen	143

6.4	Erörterung von unter dem Gesichtspunkt der rechtserschöpfenden Inverkehrsetzung heiklen Sachverhalten	143
6.4.1	Rechtserschöpfende Inverkehrsetzung durch Einfuhr und Angebot geschützter Waren zum Verkauf?	143
6.4.2	Rechtserschöpfende Inverkehrsetzung durch Übergabe geschützter Waren an einen Verkaufskommissionär?	144
	A. Grundsätzliches zur Kommission nach Art. 425 ff. OR	144
	B. Beurteilung der Rechtserschöpfung	145
6.4.3	Rechtserschöpfende Inverkehrsetzung ohne gleichzeitige materielle Verwertung des Patents?	146
	A. Entgeltliche Veräußerung geschützter Waren zum Zwecke der Entsorgung	146
	B. Unentgeltliche Überlassung geschützter Waren zu Werbezwecken	147
6.4.4	Rechtserschöpfende Inverkehrsetzung durch Sicherungsübereignung patentgeschützter Waren? ..	148
	A. Sicherungsübereignung ohne Tradition	149
	B. Sicherungsübereignung mit Tradition	149
6.4.5	Rechtserschöpfende Inverkehrsetzung durch Verkauf patentgeschützter Waren unter Eigentumsvorbehalt?	152
	A. Grundsätzliches zum Eigentumsvorbehalt	152
	B. Beurteilung der Rechtserschöpfung	153
6.4.6	Rechtserschöpfende Inverkehrsetzung geschützter Waren gestützt auf eine Zwangslizenz?	154
	A. Das Instrument der Zwangslizenz	154
	B. Beurteilung der Rechtserschöpfung	157
6.4.7	Rechtserschöpfende Inverkehrsetzung als Folge einer konkursrechtlichen Zwangsverwertung?	160
	A. Die Beurteilung der Zwangsverwertung von geschützten Waren	161
	a) Eigentum und Sachherrschaft beim Schutzrechtsinhaber	161
	aa. Im Konkurs des Schutzrechtsinhabers	162
	bb. Spezialexécution in geschützte Waren	164
	b) Eigentum und Sachherrschaft bei einem Dritten	164
	B. Die Zwangsverwertung des Patents: Ein erschöpfungsrechtlich unproblematischer Vorgang	166

a) Regelfall: Verwertbarkeit des Patents	166
b) Ausnahme: Unpfändbarkeit des Patents wegen Kompetenzgutcharakter	167
6.4.8 Die Problematik der rechterschöpfenden Inver- kehrsetzung geschützter Waren durch konzern- verbundene Unternehmen.....	168
A. Der Konzernbegriff.....	168
B. Der konzerninterne Vertrieb	171
a) Grundsatz: Nichterschöpfung des Patent- schutzes.....	171
b) Ausnahme, falls patentgeschützte Ware zu Marktbedingungen veräußert?	172
C. Der konzernexterne Vertrieb.....	174
a) Zentrale Schutzrechtszuständigkeit	174
b) Dezentrale Schutzrechtszuständigkeit	176
6.4.9 Die Problematik der rechterschöpfenden Inver- kehrsetzung geschützter Waren in Ländern, in denen kein Patentschutz beantragt wurde oder in denen kein Schutz erlangt werden kann	177
A. Inverkehrsetzungen durch den Patentinhaber	178
B. Inverkehrsetzungen durch einen Dritten	179
6.5 Rückgängigmachen von Inverkehrsetzungen.....	180
6.5.1 Das Wiederaufleben des Verbreitungsrechts.....	180
6.5.2 Der Zeitpunkt des Wiederauflebens des Ver- breitungsrechts	181
6.6 Zusammenfassung: Das Inverkehrbringen geschützter Waren	183
7. Die Zustimmung zur Inverkehrsetzung	184
7.1 Die Funktion der Zustimmung des Patentinhabers	184
7.2 Zur Form der Zustimmung.....	185
7.2.1 Grundsätzliches	185
7.2.2 Kein Formzwang, aber Kontroverse, wann eine rechtsgenügende Kundgabe des Inverkehr- setzungswillens stattgefunden hat	186
A. Unterschiedliche Positionen in der Literatur.....	186
B. EuGH betrachtet konkludente Zustimmung unter gewissen Voraussetzungen als aus- reichend.....	187
C. Eigener Standpunkt: Konkludente Zustimmung fallweise ausreichend	189
7.3 Modalitäten der Zustimmung (insbesondere Zeitpunkt der Zustimmung und Berechtigung zur Zustimmung)	191

7.4 Die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit beschränkt eingeräumten Vertriebsermächtigungen	192
7.4.1 Ausgangslage, Problemstellung	192
7.4.2 Die in der Literatur vertretenen Positionen	194
7.4.3 Erkenntnisse aus der Rechtsprechung	197
A. Erkenntnisse aus der schweizerischen Rechtsprechung	197
a) Grundsätzliche Erkenntnis 1: Keine beschränkten Erschöpfungswirkungen infolge beschränkt eingeräumter Verbreitungsrechte	198
b) Grundsätzliche Erkenntnis 2: Guter Glaube des Erwerbers hindert die Durchsetzung der schutzrechtlichen Ansprüche nicht	198
c) Im Besonderen: Die Anerkennung der patentrechtlichen Wirkung von zeitlichen Vertriebsbeschränkungen	199
B. Erkenntnisse aus der Rechtsprechung des BGH und des EuGH	200
a) BGH: Heiligenhof- und OEM-Software-Urteil	200
b) EuGH: Das Copad-Dior-Urteil	202
7.4.4 Eigener Standpunkt	203
A. Zur praktischen Bedeutung der Diskussion um beschränkte Vertriebsermächtigungen	203
a) Keine Relevanz im Falle der Erstinverkehrsetzung geschützter Waren durch den Patentinhaber	203
b) Relevanz im Falle der Erstinverkehrsetzung geschützter Waren durch den Vertriebspartner	205
B. Zwei Optionen und deren Bewertung	207
a) Patentrechtliche Wirkung gewisser Beschränkungen; Unbeachtlichkeit des gutgläubigen Erwerbs	207
b) Verneinen jeglicher patentrechtlicher Wirkungen von Vertriebsbeschränkungen	209
7.5 Zusammenfassung: Die Zustimmung zur Inverkehrsetzung	210
8. Die Beweislast bezüglich der Inverkehrsetzung bzw. der Zustimmung zur Inverkehrsetzung	211
8.1 Die verschiedenen Positionen	211
8.2 Zur einseitigen Beweisbelastung des in Anspruch genommenen Händlers	212

8.3	Zur einseitigen Beweisbelastung des Schutzrechtsinhabers	214
8.4	Vorschlag für eine differenzierte Beweislastverteilung	215
9.	Zu den Termini "gewerbsmässige Einfuhr", "Gebrauch", "Weiterveräusserung"	217
9.1	Zur Gewerbsmässigkeit im Sinne des Patentgesetzes	217
9.2	Einfuhr/Gebrauch/Weiterveräusserung	218
§ 16	Art. 9a Abs. 2 PatG (Recht zur Anwendung eines geschützten Verfahrens)	220
1.	Der grundsätzliche Regelungszweck von Absatz 2	220
2.	Zur Entstehungsgeschichte von Absatz 2	220
3.	Zu den einzelnen Begriffen von Absatz 2	221
3.1	Vorrichtung	221
3.2	Patentgeschütztes Verfahren	221
3.3	Zur Person des Erwerbers (der Vorrichtung)	222
3.4	Verweise auf die Ausführungen zu Art. 9a Abs. 1 PatG	222
4.	Weitere Erläuterungen und Kritik zu Absatz 2	222
4.1	Das Erfordernis der Inverkehrsetzung der Vorrichtung durch den Inhaber des Verfahrenspatents	222
4.2	Zur Problematik von multipel einsetzbaren Vorrichtungen	225
4.3	Zu den Möglichkeiten der Geltendmachung von Lizenz- gebühren unter dem Regime von Art. 9a Abs. 2 PatG	226
5.	Zusammenfassung: Art. 9a Abs. 2 PatG	227
§ 17	Art. 9a Abs. 3 PatG (Recht zur Einfuhr und Vermehrung von biologischem Material)	228
1.	Der grundsätzliche Regelungszweck von Absatz 3	228
2.	Zur Entstehungsgeschichte von Absatz 3	229
3.	Zu den einzelnen Begriffen von Absatz 3	230
3.1	Biologisches Material	230
3.2	Vermehrung	231
3.3	Bestimmungsgemässe Verwendung	232
3.4	Verweise auf die Ausführungen zu Art. 9a Abs. 1 PatG	233
4.	Vorbehalt des Landwirteprivilegs (Art. 35a PatG)	234
4.1	Art. 35a PatG im Lichte weiterer Bestimmungen, die der Landwirtschaft besonderen Schutz gewähren	234
4.2	Zum Landwirteprivileg in Art. 35a PatG im Besonderen ...	235
4.2.1	Zur Entstehungsgeschichte von Art. 35a PatG	235
4.2.2	Die Rechte des Landwirts aus Art. 35a PatG	235
4.2.3	Zum Landwirtebegriff im Zusammenhang mit Art. 35a PatG	236
5.	Weitere Erläuterungen und Kritik zu Absatz 3	238

5.1	Art. 9a Abs. 3 PatG schafft einen sachgerechten Interessenausgleich	238
5.2	Art. 9a Abs. 3 PatG: Eine lex specialis	238
5.3	Restriktive Anwendung des Landwirteprivilegs	239
6.	Zusammenfassung: Art. 9a Abs. 3 PatG	239
§ 18	Art. 9a Abs. 4 PatG (Funktionell unbedeutender Patentschutz).....	240
1.	Der grundsätzliche Regelungszweck von Absatz 4	240
2.	Zur Entstehungsgeschichte von Absatz 4	241
3.	Zu den einzelnen Begriffen von Absatz 4	242
3.1	Ausserhalb des Europäischen Wirtschaftsraums	242
3.2	Die untergeordnete Bedeutung des Patentschutzes für die funktionelle Beschaffenheit der Ware	243
3.2.1	Grundsätzliches	243
3.2.2	Erkenntnisstand	243
3.2.3	Voraussetzungen für die Bedeutsamkeit des Patentschutzes im Sinne von Absatz 4	244
A.	Eigenschaften der patentierten Technologie müssen im verarbeiteten Produkt mess- bzw. wahrnehmbar sein	245
B.	Die festgestellte Konzentration eines patentierten Bestandteils muss geeignet sein, die Wirkung der verarbeiteten Ware tatsächlich zu beeinflussen	245
C.	Die patentierte Technologie muss der Ware produktwesentliche Eigenschaften verleihen.....	246
3.2.4	Ansätze zur Bestimmung der Bedeutsamkeit des Patentschutzes	248
A.	Überprüfen der technischen Notwendigkeit und der Substituierbarkeit der patentgeschützten Technologie	248
B.	Der Vergleich der erzielten Fortschritte.....	249
C.	Der Einfluss des Patentschutzes auf den wirtschaftlichen Erfolg eines Produkts	250
D.	Unerhebliche Kriterien: Verkehrswert und konstruktiver Aufwand	250
3.2.5	Der Zusammenhang zwischen dem Unmittelbarkeitserfordernis und der Bedeutsamkeit eines patentierten Herstellungsverfahrens nach Art. 9a Abs. 4 PatG	251
A.	Grundsätzliches.....	251

B. Wann gilt ein Produkt als das unmittelbare Erzeugnis eines patentierten Herstellungsverfahrens?	252
C. Der Zusammenhang zwischen der Unmittelbarkeit und der Bedeutsamkeit im Sinne von Absatz 4	254
3.2.6 Die Beurteilungsperspektive	254
A. Der neutrale Fachmann als Bezugsgrösse	254
B. Die Notwendigkeit einer produktspezifischen Betrachtung	255
3.3 Zur Vermutung der untergeordneten Bedeutung und der Glaubhaftmachung des Gegenteils	256
3.3.1 Grundsätzliches	256
3.3.2 Zur gesetzlichen Vermutung	256
3.3.3 Zum reduzierten Beweismass des Glaubhaftmachens	257
3.4 Verweise auf die Ausführungen zu Art. 9a Abs. 1 PatG	258
4. Weitere Erläuterungen und Kritik zu Absatz 4	258
4.1 Die Regelung der untergeordneten Bedeutung des Patentschutzes im Zusammenhang mit der Rechtserschöpfung: Ein dogmatisch nicht überzeugender Ansatz	258
4.1.1 Grundsätzliches	258
4.1.2 Zur Kritik an der Regelung der untergeordneten Bedeutung im Rahmen von Absatz 4 im Besonderen	260
4.2 Absatz 4 setzt keine Rechtsmissbrauchsabsichten voraus ..	262
4.3 Zur Vermutung der untergeordneten Bedeutung des Patentschutzes	263
4.3.1 Die Hintergründe zur Einführung einer Beweislastumkehr mit vermindertem Beweismass	263
4.3.2 Die Verteilung der Beweislasten im Ergebnis	264
4.4 Absatz 4: Toter Buchstabe oder notwendige und gelungene Ergänzung des Patentgesetzes?	265
4.4.1 Überbewertung der Missbrauchsgefahr	265
4.4.2 Weitere Ursachen für den begrenzten juristischen Mehrwert von Absatz 4	267
5. Zusammenfassung: Art. 9a Abs. 4 PatG	267
§ 19 Art. 9a Abs. 5 PatG (Ausnahmebestimmung für Waren mit staatlich festgelegten Preisen)	269
1. Der grundsätzliche Regelungszweck von Absatz 5	269
2. Zur Entstehungsgeschichte von Absatz 5	269

3.	Zu den einzelnen Begriffen von Absatz 5	271
3.1	"Ungeachtet der Absätze 1-4"	271
3.2	"Wenn ihr Preis im Inland oder im Land des Inverkehrbringens staatlich festgelegt ist"	271
3.3	Verweise auf die Ausführungen zu Art. 9a Abs. 1 PatG.....	274
4.	Weitere Erläuterungen und Kritik zu Absatz 5	274
4.1	Zur Rechtfertigung der erschöpfungsrechtlichen Sonderbehandlung von Waren mit staatlich festgesetzten Preisen	274
4.1.1	Absatz 5 schafft kein "Pharma-Privileg"	274
4.1.2	Die erschöpfungsrechtliche Ungleichbehandlung einzelner Branchen als Folge staatlich regulierter Märkte	275
4.1.3	Absatz 5 verhindert einen Wettbewerb der Preisregulierungen und stellt ordnungspolitisch einen korrekten Entscheid dar.....	275
4.1.4	Entwicklungspolitische Argumente gegen eine generelle Zulassung von Parallelimporten bei Arzneimitteln.....	276
4.2	Zur kartellrechtlichen Beurteilung von Parallelimportbeschränkungen gestützt auf Immaterialgüterrechte	278
4.2.1	Die generelle Anwendbarkeit des Kartellgesetzes ...	278
4.2.2	Das Kartellrecht: Ein wirksames Korrektiv?	279
	A. Die möglichen Tatbestandskonstellationen.....	279
	B. Zum Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung	280
	a) Die Bestimmung des relevanten Marktes	280
	b) Die Feststellung einer Marktbeherrschung ...	281
	c) Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung: Zum Grundsatz.....	282
	d) Keine per-se-Missbräuchlichkeit: Zur Möglichkeit der sachlichen Rechtfertigung...	282
	e) Strategien gegenüber einem mutmasslich missbräuchlichen Verhalten eines marktbeherrschenden Schutzrechtsinhabers	285
	f) Zwischenfazit	287
	C. Lizenzvertragliche Beschränkungen des Parallelhandels	287
	a) Zur Anwendbarkeit des Kartellrechts auf Lizenzverträge im Besonderen	287
	b) Zur Wirksamkeit kartellrechtlicher Interventionen in Bezug auf lizenzvertragliche Vertriebsbeschränkungen	288
	c) Zwischenfazit	290

D. Schlussfazit: Rein kartellrechtliche Mass-	
nahmen reichen zur Verbesserung des Wett-	
bewerbs bei patentgeschützten Waren nicht aus	290
5. Zusammenfassung: Art. 9a Abs. 5 PatG.....	293
§ 20 Art. 27b LwG (Internationale Erschöpfung für landwirtschaftliche	
Produktionsmittel und Investitionsgüter).....	294
1. Der grundsätzliche Regelungszweck von Art. 27b LwG.....	294
2. Zur Entstehungsgeschichte von Art. 27b LwG.....	295
3. Zu den einzelnen Begriffen von Art. 27b LwG	295
3.1 Landwirtschaftliche Produktionsmittel	295
3.1.1 Das betriebswirtschaftliche Verständnis vom	
Terminus "Produktionsmittel"	295
3.1.2 Die Legaldefinition eines (landwirtschaftlichen)	
Produktionsmittels in Art. 158 LwG	296
3.1.3 Ergebnis: Die Definition des Terminus	
"Produktionsmittel" im Sinne von Art. 27b LwG	296
3.2 Landwirtschaftliche Investitionsgüter	297
3.2.1 Das betriebswirtschaftliche Verständnis vom	
Terminus "Investitionsgut"	297
3.2.2 Die Definition des Terminus "Investitionsgut" im	
Sinne von Art. 27b LwG	298
3.2.3 Zum Bestandteil eines Investitionsgutes im	
Besonderen	298
3.3 Zum Begriff "landwirtschaftlich"	299
3.4 Zum Ausdruck "grossmehrheitlich" und der Frage, ob der	
Bestimmungszweck oder der tatsächliche Verwendungs-	
zweck des Investitionsgutes massgeblich sein sollte	301
3.5 Verweise auf die Ausführungen zu Art. 9a Abs. 1 PatG.....	302
4. Weitere Erläuterungen und Kritik zu Art. 27b LwG	302
4.1 Die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Bestim-	
mungszweck bzw. dem tatsächlichen Verwendungszweck	
einer Ware	302
4.1.1 Zum Bestimmungszweck einer Ware.....	302
4.1.2 Zum tatsächlichen Verwendungszweck	304
4.2 Zur beschränkten praktischen Relevanz von Art. 27b LwG	305
4.3 Art. 27b LwG: Im Ergebnis eine verzichtbare	
Bestimmung.....	305
5. Zusammenfassung: Art. 27b LwG.....	306
IV. Teil: Schlussbemerkungen	309